

17.10.2014

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die

Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt

am 15.10.2014

Sitzungsbeginn: 15:30 Uhr
Sitzungsende: 19:40 Uhr
**Sitzungsort: Grundschule und Hort
Friederikenstraße**

Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt
Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau

Schönemann, Ralf

Fraktion der CDU

Trocha, Harald
Gebhardt, Roland
Schwabe Jörg

Anwesend bis TOP 8.1

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau

Schildhauer, Dirk

Entschuldigt

Fraktion Liberales Bürgerforum / Die Grünen

Meier, Klaus
Melchior, Jost

Fraktion der SPD

Tschammer, Hans

Fraktion Pro Dessau-Roßlau

Otto, Hans-Georg

Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung

Hantusch, Joachim

Siehe Anwesenheitsliste vom 15.10.2014 (Anlage 1)

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Nach der Begrüßung stellte **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, die form- und fristgerechte Ladung und Ausreichung der Unterlagen zur Sitzung sowie – mit aktuell 8 stimmberechtigten Stadträten – die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Zur ausgereichten Tagesordnung wurden keine Anmerkungen oder Änderungsvorschläge vorgebracht.

Die Tagesordnung wurde durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

8 : 0 : 0

Die Tagesordnung wurde ungeändert, einstimmig bestätigt.

3 Genehmigung der Niederschrift vom 02.09.2014

Zum Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt vom 02.09.2014 wurde durch **Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, angemerkt, dass sein Hinweis auf Seite 4 (mitte) hinsichtlich der Tempo-30-Begrenzung auf der Karlstraße, die auf den Pflasterbelag Bezug nehme und durch die Belagsänderung hinfällig werden könne, durch die Aussage von Herrn Pfefferkorn dahingehend zu ergänzen sei, dass dies abgeklärt wurde und es bei der Tempobegrenzung bleibe.

Weitere Anmerkungen wurden nicht vorgebracht, so dass das Protokoll durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, mit dieser Ergänzung zur Abstimmung gestellt wurde.

Abstimmungsergebnis:

7 : 0 : 1

Das Protokoll wurde geändert bestätigt.

4 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, informierte über die im nichtöffentlichen Teil der Sitzung vom 02.09.2014 erfolgten Informationen:

*Vergabe von Bauleistungen
UNESCO-Welterbestätte Gartenreich Dessau-Wörlitz
Schloß und Park Georgium, Puschkinallee 100, 06846 Dessau-Roßlau, 2. BA
Los 15 - Trockenbau und Verglasung
Vorlage: BV/151/2014/VI-65*

*Vergabe von Bauleistungen
BV: STARK III - Grundschule "Ziebigk", Elballee 24 in 06846 Dessau-Roßlau
Los 04 - Fassadendämmung
Vorlage: BV/152/2014/VI-65*

*Vergabe von Bauleistungen
Komplex Vernässungsproblematik Mosigkau - Libbesdorfer Landgraben
Vorlage: BV/209/2014/VI-66*

Die Informationen zur Vergabe der vorgenannten Bauleistungen wurde zur Kenntnis genommen.

sowie folgende nichtöffentliche Beschlussfassungen:

*Vergabe von Planungsleistungen
Sekundarschule "An der Biethen" - STARK III - 2. Förderperiode, Gebäudeplanung
Vorlage: BV/208/2014/VI-65
Abstimmungsergebnis: 7 : 0 : 0*

Die Beschlussempfehlung wurde einstimmig, ungeändert bestätigt.

*Vergabe von Planungsleistungen
Ersatzneubau Schwimmbhalle
VOF-Vergabeverfahren Gebäudeplanung nach § 34 HOAI
Vorlage: BV/220/2014/VI-65
Abstimmungsergebnis: 6 : 1 : 0*

Die Beschlussempfehlung wurde mehrheitlich, ungeändert bestätigt.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

5 Vorstellung der Ergebnisse des studentischen Projekts "Nachkriegsmoderne - Die Scheibe Nord - Altstadt Dessau"

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, begrüßte eingangs Frau Prof. Pinardi, die die Ergebnisse der Studentarbeiten vorstellen werde und verwies auf die Broschüre des Kompetenzzentrum Stadtumbau zum Projekt, einschließlich einer Wertung des freien Journalisten Günter Kowa, die an die Mitglieder des Gremiums ausgereicht wurde.

Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Denkmalpflege und Geodienste, berichtete eingangs über die gemeinsame Projektbearbeitung mit dem Kompetenzzentrum Stadtumbau als Nachfolgeeinrichtung der IBA Stadtumbau 2010 und deren Kooperation mit 19 Städten und verschiedenen Hochschulen. Die Aufgabe des Kompetenzzentrums könne man mit der Zielstellung der Neudefinition des Wachstums und der Maxime Qualität vor Quantität beschreiben. Als Ausgangspunkt der Zusammenarbeit mit der Beuth-Hochschule stand mit dem Bauhausmuseum die künftige Entwicklung im Umfeld der Scheibe Nord sowie die Gebäudeentwicklung und die Öffnung zum Quartier Lange Gasse. Die fünf Arbeiten, die in der Landesvertretung in Berlin präsentiert wurden, werde man heute vorstellen. Im weiteren Verlauf sei die Durchführung eines Umsetzungsworkshops geplant, um über die Projektumsetzung bzw. die Umsetzung von Teilschritten zu beraten. In diesem Zusammenhang verwies Frau Jahn auf das ExWoSt-Projekt „Innovationen für Innenstädte“, das sich in den vergangenen zwei Jahren mit dem Quartier Lange Gasse befasst

habe. Für den 06.11.14 bereite man eine Abschlussveranstaltung vor, zu deren Teilnahme sie bereits jetzt einlade.

Durch **Frau Prof. Pinardi, Beuth-Hochschule Berlin**, erfolgten nach einer persönlichen Vorstellung Erläuterungen zu den Studieninhalten der öffentlichen Hochschule des Landes Berlin und der Kooperation mit dem Kompetenzzentrum Stadtumbau. Nach Informationen zur Aufgabenstellung, die insbesondere durch die Aufhebung der Barrierewirkung zum Quartier der Langen Gasse und der Neugestaltung der Vordächer dominiert wurde, präsentierte sie die fünf studentischen Arbeiten.

Nach der Präsentation bedankte sich **Herr Schönemann** für die Vorstellung der beeindruckenden Leistungen der Studenten.

Frau Passlack, Geschäftsführerin der Dessauer Wohnungsbaugesellschaft mbH, würdigte die Zusammenarbeit mit der Hochschule als Ideengewinnung, gerade auch bei nicht tagesaktuellen Themen. Man erhalte hier Anregungen zur künftigen Entwicklung des im Jahr 1998 sanierten Gebäudes, vor allem für die Gestaltung der Pergola. Das Thema Durchbruch zur Langen Gasse sei wichtig, ein Teilabbruch sei derzeit kein Thema, da die Wohnungen sehr gut vermietet seien und auch weiterhin Nachfrage generieren würden.

Die Kooperation mit der Hochschule Anhalt zur Gestaltung des Durchbruchs Hobuschgasse verleihe Hoffnung, so **Herr Schönemann**, auch das Projekt Scheibe Nord in einer geeigneten Form umzusetzen.

Man habe für das Projekt Hobuschgasse eine enge Zusammenarbeit mit der Hochschule Anhalt und der Wirtschaftsförderung gepflegt, bestätigte **Frau Passlack**. Im Ergebnis leiste man mit der Zurverfügungstellung von studentischen Wohnungen einen Beitrag zur Attraktivierung der Innenstadt für junge Leute und mit dem Durchbruch erreiche man eine gestalterische Qualitätsverbesserung.

Man habe mit dem vorgenannten Projekt einen Anfang gemacht, so **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**. Diesen Weg werde die Verwaltung in Abstimmung mit den Eigentümern weiter gehen.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Die Informationen wurde zur Kenntnis genommen.

6 Öffentliche Informationsvorlagen

6.1 Genehmigung einer außerplanmäßigen Auszahlung und einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung zur Umsetzung von Brandschutzmaßnahmen in der Grundschule "Hugo Junkers", Hauptstraße 200 Vorlage: BV/233/2014/V-40

Es bestand weder Einführungs- noch Rückfragebedarf.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

7 Öffentliche Beschlussfassungen

7.1 **Aufhebung des Beschlusses über die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 218 "Besucherzentrum" am Bauhaus"** **Vorlage: BV/267/2014/VI-61**

Es bestand kein Einführungsbedarf. Rückfragen wurden nicht geäußert.

Abstimmungsergebnis:

8 : 0 : 0

Die Beschlussempfehlung wurde einstimmig, ungeändert bestätigt.

7.2 **Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 58 "Biogasanlage Lukoer Straße", Durchführung Aufhebungsverfahren** **Vorlage: BV/202/2014/VI-61**

Es bestand kein Einführungsbedarf. Die Anfrage von **Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, ob seitens des Investors die bislang angefallenen Kosten getragen worden, wurde durch **Herrn Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, bestätigt.

Weitere Rückfragen wurden nicht geäußert.

Abstimmungsergebnis:

8 : 0 : 0

Die Beschlussempfehlung wurde einstimmig, ungeändert bestätigt.

7.3 **Einleitung der 7. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Stadtteil Dessau - Weiterentwicklung des zentralen Versorgungsbereichs am Standort des ehemaligen Schlachthofs Dessau-Nord** **Vorlage: BV/261/2014/VI-61**

Es bestand kein Einführungsbedarf. Die Anfrage von **Herrn Meier, Fraktion Liberales Bürgerforum / Die Grünen**, zur Zukunft des Marktes in der Goethestraße wurde durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, dahingehend beantwortet, dass seitens des Unternehmens Edeka im Prozess erklärt wurde, dass man diesen Standort weiterhin aufrecht erhalten wolle.

Weitere Rückfragen wurden nicht geäußert.

Abstimmungsergebnis:

8 : 0 : 0

Die Beschlussempfehlung wurde einstimmig, ungeändert bestätigt.

7.4 **Entwurf zur 5. Änderung des Flächennutzungsplans für den Stadtteil Dessau - Errichtung einer Bioabfallverwertungsanlage im Bereich der ehemaligen Deponie/Beteiligung der Öffentlichkeit, Nachbargemeinden, Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange** **Vorlage: BV/250/2014/VI-61**

Es bestand kein Einführungsbedarf. **Herr Schmidt, Amt für Stadtentwicklung, Denkmalpflege und Geodienste**, erläuterte, dass man auf dem Deckblatt der Anlage 2 den Geltungsbereich südlich korrigieren müsse, um die Konformität zur Bebauungsplanung herzu-

stellen. Zur abschließenden Beratung durch den Stadtrat werde man diesen Fehler korrigieren.

Rückfragen wurden nicht geäußert.

Abstimmungsergebnis:

8 : 0 : 0

Die Beschlussempfehlung wurde einstimmig, ungeändert bestätigt.

7.5 Bebauungsplan Nr. 101 "Gewerbegebiet Dessau-Mitte", Teilgebiet I (A2) an der ehemaligen Deponie" der Stadt Dessau-Roßlau/Änderung des Geltungsbereiches, Beteiligung der Öffentlichkeit, Nachbargemeinden, Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange
Vorlage: BV/251/2014/VI-61

Es bestand kein Einführungsbedarf. Auf Nachfrage von **Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, an welcher Stelle die Korrektur des Geltungsbereichs vorgenommen wurde, verwies **Herr Schmidt, Amt für Stadtentwicklung, Denkmalpflege und Geodienste**, auf die Anlagen 2 und 3 der Vorlage, die die unterschiedlichen Geltungsbereiche darstellen. Zur abschließenden Beratung durch den Stadtrat werde man an zur besseren Sichtbarkeit eine Schraffur einfügen.

Weitere Rückfragen wurden nicht geäußert.

Abstimmungsergebnis:

8 : 0 : 0

Die Beschlussempfehlung wurde einstimmig, ungeändert bestätigt.

7.6 Teilnahme der Stadt Dessau-Roßlau am Bundesprogramm "Nationale Projekte des Städtebaus" (2014) - Projektauswahl
Vorlage: BV/283/2014/VI-61

Frau Lüttich, Amt für Stadtentwicklung, Denkmalpflege und Geodienste, erläuterte eingangs den Prozess zur Fortführung des Programms zur Sicherung und Sanierung der UNESCO-Welterbestätten und den hierzu vorliegenden Projektauftrag des Bundes sowie die Fristen zur Einreichung entsprechender Projektanträge.

Die Projektauswahl habe die Verwaltung entsprechend vorliegender Beschlusslagen und dem aktuellem Sanierungsbedarf vorgenommen. Des Weiteren liege eine Projektantrag des Brauhausvereins vor, zu dessen Bewertung Frau Lüttich auf eine ausgereichte Tischvorlage zur Ergänzung der Beschlussvorlage verwies. Fristwahrend sei dieser Antrag ungeprüft weitergereicht worden. Zwischenzeitlich sei die inhaltlich förmliche Prüfung des Antrages und der finanziellen Randbedingungen abgeschlossen und im Ergebnis empfehle man seitens der Verwaltung, diesen Antrag für das Programmjahr 2014 nicht zu bestätigen.

Entscheidungsgrundlage war eine Stellungnahme des Forderungsmanagements des Finanzdezernats, in der auf die Insolvenz des Brauhausvereins hingewiesen wurde, was gegenüber dem Fördermittelgeber bislang nicht kommuniziert wurde. Darüber hinaus empfehle man eine weitergehende Klärung der finanziellen Rahmenbedingungen und nach positivem Abschluss eine Einreichung für das Programmjahr 2015.

Für die abschließende Beratung des Stadtrates werde man, bei heutiger Bestätigung der Ergänzung, die Beschlussvorlage in überarbeiteter Form einreichen.

Durch **Herrn Trocha, Fraktion der CDU**, wurde der aktuelle Status des Brauhausvereins und dessen Berechtigung zur Fördermittelbeantragung hinterfragt.

Hierzu erläuterte **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, dass die Gebäude mangels Masse an den Verein zurückgefallen seien. Darüber hinaus seien Abstimmungen zur Fertigstellung des Projekts Nahwärmesystem getroffen worden. Somit wäre der Verein wieder voll handlungsfähig.

Herr Busch, Fraktion Liberales Bürgerforum / Die Grünen und Vorsitzender des Brauhausvereins, erläuterte, dass der Fördermittlegeber an den Verein herangetreten sei und zur Einreichung des Antrages ermuntert habe. Es gab Abstimmungen mit dem Land und dem Bund, das Land signalisierte eine positive Beförderung der Antragstellung. Die im Antrag beinhalteten Mälzereigebäude seien durch Feuchteintrag mittlerweile vom Echten Hausschwamm befallen. Dies sei in Nachbarschaft zu den Nutzungen der Stiftung Bauhaus und der Kulturstiftung nicht hinnehmbar. Ergänzend erläuterte Herr Busch den Abstimmungsstand mit dem Fördermittelgeber für das Nahwärmesystem.

Herr Schwabe, Fraktion der CDU, erinnerte an die Fragestellung zum Status des Vereins und zum Stand des Insolvenzverfahrens.

Das Insolvenzverfahren sei im Oktober 2012 eröffnet worden, so **Herr Busch**. Zwischenzeitlich seien die Gebäude wieder an den Verein zurückgefallen, der Verein sei voll rechtsfähig, bestehe derzeit aus 30 Mitgliedern, wobei 10 davon aktiv mitwirken würden.

Man diskutiere hier ein komplexes Thema, so **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**. Beide Anträge, die das positive Votum der Verwaltung erhalten haben, hätten hohe Priorität, diese Maßnahmen seien zum Abschluss zu bringen. In Anbetracht der zur Verfügung stehenden Fördermittel sollte man das Antragsvolumen nicht noch weiter überzeichnen. Zum Antrag des Brauhausvereins seien die Kosten zu hinterfragen, da 280 T€ für die Dachsanierung, die Dachentwässerung und die Instandsetzung der Fassade sehr gering bemessen seien.

Die vorliegenden Unterlagen seien ungenügend, meinte **Herr Tschammer, Fraktion der SPD**. Das Projekt stehe auf unsicheren Füßen.

Die Stadt sei aufgefordert, zu den eingereichten Anträgen Stellungnahmen zu erarbeiten, erklärte **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**. In der Zusammenarbeit des Forderungsmanagements wurde auf die vorliegende Insolvenz des Antragstellers verwiesen. Dementsprechend wäre es zielführender, eine Klärung der finanziellen und rechtlichen Rahmenbedingungen durch die Stadt und den Verein und dann eine erneute Antragstellung vorzunehmen.

Da das Objekt der Stadt auf die Füße fallen werde, sollte man das kurzfristig anpacken, äußerte **Herr Schönemann**. Das bisher geleistete sei beispielgebend und auch künftig werde beispielsweise eine Depotnutzung gebraucht.

Auf Nachfrage von **Herrn Melchior, Fraktion Liberales Bürgerforum / Die Grünen**, zu inhaltlichen Ergänzungen des Förderantrags für das dritte Projekt und der Stellungnahme des Forderungsmanagements, erklärte **Frau Lüttich**, dass der Antrag nach inhaltlicher und fachlicher Prüfung als förderfähig eingeschätzt wurde. Aufgrund der ungeklärten finanziellen Rahmenbedingungen sei die Empfehlung erarbeitet worden, die Antragstellung nicht im Programmjahr 2014 vorzunehmen.

Es sei dringend erforderlich, so **Herr Hartmann, Fraktion der SPD**, die Gespräche zwischen der Stadt und dem Verein fortzuführen. Im Kulturausschuss wurde empfohlen, das Thema vierteljährlich auf die Tagesordnung zu setzen, dies könne auch im Bauausschuss vorgenommen werden.

Herr Hernig, Fraktion der AfD, erklärte, dass erst der Stand des Insolvenzverfahren abzuklären sei und man im Anschluss Entscheidungen treffen könne.

Demzufolge sei die Verwaltungsspitze aufzufordern, eine weitere Klärung zwischen Stadt und Verein herbeizuführen, so **Herr Schönemann**. Eine Projekteinreichung zum jetzigen Zeitpunkt berge die Gefahr, dass bei Ablehnung eine künftige Fördermittelbeantragung nicht erfolgreich sein könne.

Auf die Nachfrage von **Herrn Melchior**, was eine Projektverschiebung bedeuten würde, erklärte **Herr Busch**, dass man den Schaden durch einen weiteren Winter nicht gänzlich abschätzen könne, es sei Gefahr im Verzug. Es habe in den letzten 2,5 Jahren keine gemeinsame Abstimmung zwischen der Stadt, den Stadtwerken, der Sparkasse und dem Verein gegeben. Dass sich der neue Oberbürgermeister der Thematik angenommen habe, mache jedoch Hoffnung, dass an einer Lösung ernsthaft gearbeitet werde.

Die Diskussion abschließend, erklärte **Herr Schönemann**, dass man dieses Thema als weiteren Kontrollpunkt auf die Tagesordnung des Bauausschusses aufnehmen werde. Die Finanzdezernentin sei zur Aufarbeitung der finanziellen Rahmenbedingungen mit dem Verein aufzufordern. Bereits in der nächsten Sitzung des Ausschusses werde man im Rahmen der Wiedervorlage dieses Thema erneut aufrufen.

An dieser Stelle seien Verwaltung und Verein gefragt, eine Aufarbeitung aller offenen Punkte vorzunehmen, so **Herr Otto**. Ebenso seien die kursierenden Halbwahrheiten und Ungeheimtheiten auszuräumen und das Konzept des Vereins zu konkretisieren.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert. Die Beschlussvorlage wurde mit der Ergänzung (Tischvorlage) zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

8 : 0 : 0

Die Beschlussempfehlung wurde geändert bestätigt.

7.7 Zerbster Straße - Ergebnis der Prüfung des Kurzzeitparkens lt. Beschluss BV/106/2014/PDR Vorlage: BV/281/2014/II-32

Mit der eingereichte Vorlage hätten sich die Fraktionen im Ergebnis der Prüfung gewünscht, dass seitens der Verwaltung ein ernst zu nehmender verkehrsorganisatorischer Vorschlag unterbreitet werde, erklärte eingangs **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**. Innerhalb der Händlerschaft bestehe zum Kurzzeitparken ein feste Wille, dem die Fraktionen gefolgt seien.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, merkte an, dass mit den vorliegenden Unterlagen der klare Auftrag des Stadtrates nicht erfüllt worden sei.

Frau Scharge, Amt für öffentliche Sicherheit und Ordnung, verwies auf die in den Jahren 2003 und 2006 vorgenommenen Prüfungen zu dieser Thematik. Im Ergebnis wurden drei Varianten vorgelegt. Dem Auftrag zu entsprechen, eine Lösung für das Parken ohne Durchgangsverkehr zuzulassen, sei nicht möglich. Es wäre eine Umfahrung zu organisieren, wogegen die Platzverhältnisse sprechen würden. Im Ergebnis der Prüfung sei festzustellen, dass eine umsetzbare Variante mit einer Durchfahrt verbunden wäre.

Dem entsprechend hätte man die damaligen Varianten zumindest der Vorlage anhängen müssen, argumentierte **Herr Schönemann**.

Die Zerbster Straße sei als Fußgängerzone gewidmet, ergänzte **Frau Scharge**. Eine versuchsweise Umsetzung auf Probe sei nicht möglich, dies sei vom Landesverwaltungsamt klargestellt worden. Hierzu wäre eine Entwidmung vorzunehmen.

Er habe sich gewundert über die Antwort der Verwaltung auf die Anfrage des Stadtrates, so **Herr Melchior, Fraktion Liberales Bürgerforum / Die Grünen**. Lediglich eine pauschale Bewertung ohne konkrete Lösungsvorschläge läge nunmehr vor, Entscheidungsmöglichkeiten fehlen. Mit diesem Ergebnis könne man sich nicht zufrieden stellen.

Es sei eine ernsthafte Annäherung an das Thema und eine Konzeption notwendig, erklärte **Herr Schwabe, Fraktion der CDU**. Die alten Varianten seien weiter zu entwickeln und auf die geänderten Rahmenbedingungen – wie Kavaliestraße und Bauhausmuseum – abzustimmen. Aus Sicht der CDU-Fraktion sei der Prüfauftrag folgendermaßen zu ergänzen:

- Erstellung einer eigenen Konzeption der Verwaltung.
- Welche Aussagen hat das Gestatten von Be- und Entladen 30 min auf die Parkraum-situation Zerbster Straße?
- Was bringen Kurzzeitparkplätze in der Peripherie?
- Welchen Einfluss hat eine Gestattung von Parken Zerbster Straße ab 19:00 Uhr?
- Welche Auswirkungen hat die Umgestaltung Flössergasse auf die Parkraumsituati-on?

Die Widmung sollte beibehalten werden, dem Wunsch der Gesamtbelebung der Innenstadt sollte entsprochen werden. Der Marktplatz müsse Anziehungspunkt werden, Angebote seien aus der Peripherie zu generieren, die Stadt müsse Einfluss auf die Handelsunternehmen nehmen, Veranstaltungen gegebenenfalls auch zusammen mit dem Rathauscenter seien zu organisieren und die Außengastronomie sei zu erweitern.

Auf Nachfrage von **Herrn Meier, Fraktion Liberales Bürgerforum / Die Grünen**, erklärte **Frau Scharge**, dass die Zahlen zur Auslastung der Parkplätze in der Innenstadt vorliegen und man einschätzen müsse, dass genügend Parkmöglichkeiten vorhanden seien.

Ergänzend schätzte **Herr Meier** die Schaffung des Geh- und Radweges Richtung Flössergasse als positiv ein. Die Öffnung der Zerbster Straße für den Autoverkehr halte er jedoch als ungeeignet für die Belebung des Bereichs, hier sollte auf die Frequentierung durch Radfahrer und Fußgänger gesetzt werden. Dazu müsse man beispielsweise den Pflasterbelag hinsichtlich seiner Eignung für Radfahrer prüfen.

Herr Tschammer, Fraktion der SPD, verwies auf den Auftrag des Stadtrates, der nicht erfüllt wurde. Heute werde nur erläutert, was alles nicht ginge. Wenn eine Entwidmung notwendig sei, dann müsse man das machen. Der Verweis auf die künftige Parkplatzerrichtung in der Flössergasse beantworte nicht den gestellten Arbeitsauftrag. Gerade für ältere Menschen sei das Auto ein wichtiges Transportmittel.

Man habe seinerzeit die Zerbster Straße mit der Zielstellung Fußgängerzone hergerichtet, so **Herr Otto**. In der Stadt Celle habe man eine ähnliche Situation im Bereich des Marktplatzes. Dort werde das Parken entlang der Straße gestattet und es stört die Aufenthaltsqualität nicht. In Dessau könne man den Durchgangsverkehr unterbinden indem man versenkbare Poller vorsieht, um die ÖPNV-Durchfahrt zu gewährleisten, und das Parken rechtwinklig zur Fahrbahn gestatte.

Resümierend erklärte **Herr Schönemann**, dass der mit dem Beschluss BV/106/2014/PDR gestellte Auftrag weiterhin bestehen bleiben werde und entsprechende Lösungsvarianten vorzulegen seien. Die Anregungen der CDU-Fraktion seien in die Bearbeitung aufzunehmen.

Zur Umsetzung ist eine Testphase einzuordnen. Ein aktualisierter Sachstand ist kurzfristig vorzulegen.

Mit dem **Abstimmungsergebnis:** **4 : 0 : 4**
Wurde diese Ergänzung der Arbeitsrichtung bestätigt.

Im Anschluss wurde die Beschlussempfehlung der Verwaltung zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis: **0 : 8 : 0**

Die Beschlussvorlage wurde einstimmig abgelehnt.

8 Öffentliche Anfragen und Informationen

8.1 Informationen des Dezernats für Wirtschaft und Stadtentwicklung

Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamtes, informierte zum Ablauf des Bauvorhabens Er-satzneubau der Muldebrücke BW 11.

Anfang Oktober konnten die Gründungsarbeiten für die Behelfsbrücke abgeschlossen werden. Die Spundwände der Widerlager und Pfeiler wurden gerammt, verankert und verfüllt. Bis Ende Oktober werden die Pfeilerköpfe mit einer Stahlkonstruktion komplettiert, auf die anschließend der vormontierte Überbau bestehend aus 52 Brückensegmenten eingeschoben werden kann.

Die Brückensegmente werden mit Schwerlasttransportern zur Baustelle gebracht, im Baustellenbereich entladen und zu einem Überbau montiert. Auf Grund der begrenzten Montageplatzverhältnisse erfolge der Einschub des Überbaues in mehreren Abschnitten hintereinander.

Zur Vorbereitung der Montage der Behelfsbrücke werde derzeit westlich der Einmündung Wasserstadt eine Vormontagefläche hergestellt. Um die erforderliche Montageebene zu erhalten sei das Gelände in diesem Bereich um etwa 1,5 m abzusenken.

Der Antransport der Bauteile erfolge im November. Die Transporttechnologie mache es erforderlich, einen Aufstellraum für die Schwerlasttransporte unmittelbar vor der Baustelle vorzuhalten. Dafür werde die nördliche der zwei Fahrspuren der B 185 aus Richtung Osten zwischen dem Ortseingang und der Zufahrt zum Autohaus temporär eingezogen. Bei Bedarf erfolge dann die Absperrung der Fahrbahn mit Baken. Es sei festgelegt worden, dass diese Verkehrsraumeinschränkung nur dann aktiviert werde, wenn Transporte vorgesehen sind.

Bis Ende November werde die Behelfsbrücke im Rohbau stehen. Nach dem Einschub des Überbaues folge die Komplettierung der Ausrüstungsteile, wie z. B. Geländer, Schutzplanke, einzelne Kleinteile und Straßenbeleuchtung.

Bevor die Behelfsbrücke in Betrieb gehen könne, seien die Straßenanbindungen herzustellen. Auf der Ostseite könne erst mit dem Erdbau zur Vorbereitung der Straßenanbindung begonnen werden, wenn nach Abschluss der Einschubvorgänge die Vormontagefläche nicht mehr benötigt werde. Vor den Straßenbauarbeiten seien Maßnahmen an der Regenwasserkanalisation und die sehr aufwendige Umverlegung einer Haupttrasse der Telekom zu realisieren.

Zur Fertigstellung der Straßenanbindung auf der Westseite sei eine mehrwöchige Vollsperrung des Friederikenplatzes notwendig. Zum Ende der Vollsperrung müsse die Behelfsumfahrung in Betrieb gehen, da dann auf Grund der veränderten Lage- und Höhenverhältnisse keine Nord-/Ost-Verbindung über die alte Muldebrücke mehr möglich sei.

Da die beschriebenen Arbeiten zur Herstellung der Straßenanbindungen auf Grund der zeitlichen Verzögerungen durch die aufwendige Kampfmittelsondierung zu einem Zeitpunkt realisiert werden müssen, wo der Bau durch die Witterung stark beeinflusst werde, könne zur Fertigstellung der Umfahrung noch keine detaillierte Aussage getroffen werden. Bereits in der Pressemitteilung vom 02.09.2014 wurde der aktuelle Bauablaufplan zitiert, der den Mo-

nat März 2015 für die Verkehrsfreigabe der Behelfsumfahrung ausweise. Es bestehe nach wie vor das Ziel, die Engstelle in der Wasserstadt so schnell wie möglich zu beseitigen und damit die Baustellenampel außer Betrieb zu nehmen, sowie die Behelfsumfahrung für den Verkehr freizugeben.

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, dankte für die Bemühungen der Verwaltung, den Zeitablauf weiter zu optimieren.

Zu den Planfeststellungsverfahren Ostrandstraße informierte **Herr Pfefferkorn** dahingehend, dass es zwischenzeitlich keine Änderungen zu dem zur Stadtratssitzung am 24.09.14 ausgehenden Terminplan gebe. Schwerpunkt der Einwendungen seien vor allem Themen des Naturschutzes. Mit dem Erörterungstermin im I. Quartal 2015 werde ein nächster Meilenstein erreicht.

Entsprechend der Anfrage von Herrn Otto in der letzten Ausschusssitzung informierte **Herr Bekierz, Leiter des Zentralen Gebäudemanagements**, zum aktuellen Kostenstand der Reparatur des Meisterhausensembles. Mit den vorliegenden Schlussrechnungen sowie den Nachforderungen im Gewerk Rohbau erläuterte er die Grundlagen der Kostenfortschreibung und zeigte eine Übersicht der Planungs- und Bauaufträge sowie der eingereichten Nachtragsforderungen. Am Kostenstatus erläuterte er, wie im Verlauf des Vorhabens das Kostencontrolling vorgenommen wird.

Zum Stand der Abrechnungen führte Herr Bekierz weiter aus, dass die beschriebenen Nachtragsforderungen im Gewerk Rohbau derzeit geprüft werden und, da die Positionen von Auftraggeber- und -nehmerseite sehr weit auseinanderlägen, ein mehrjähriger Rechtsstreit nicht auszuschließen sei.

In der Gesamtabrechnung werde man ein Volumen von 5 Mio. € erreichen, das im Rahmen der Novellierung des Maßnahmebeschlusses konkretisiert werde. Diesen Beschluss werde man für die ersten Sitzungen von Bauausschuss und Stadtrat im Jahr 2015 vorbereiten.

Auf Nachfrage von **Herrn Schönemann**, die Finanzierung der Mehrkosten betreffend, verwies **Herr Bekierz** auf abzuschließende Abstimmungen mit dem Land nach Vorlage der Gesamtkosten. Deren Ergebnisse werde man im Maßnahmebeschluss darstellen.

Die Frage von **Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, ob alle Kosten – beispielsweise die Kosten der alten Planung und die der Verlegung der Gasleitungen – beinhaltet seien, bejahte **Herr Bekierz**.

Zum Arbeitsstand der Vorbereitung des Bauvorhabens Ersatzneubau Schwimmhalle erläuterte **Herr Bekierz** die bislang geführten Abstimmungen mit den Ämtern und den Planern hinsichtlich der Präzisierung der Aufgabenstellung. Am 03.11.14 werde man einen ersten Vorentwurf mit Grobkosten vorgelegt bekommen, der bis zum 17.11.14 qualifiziert werde, bevor er in den Fachgremien Kulturausschuss und Bauausschuss diskutiert werden könne. Zielstellung sei es, im Januar 2015 den Maßnahmebeschluss zur Bestätigung einzureichen. Demzufolge könne in einer gemeinsamen Sitzung der beiden vorgenannten Fachausschüsse am 19.11.14 der Arbeitsstand der Vorplanung sowie der Vorentwurf der Bauleitplanung vorgestellt werden.

Herr Schmidt, Amt für Stadtentwicklung, Denkmalpflege und Geodienste, ergänzte zur Terminempfehlung, dass durch die gemeinsame Beratung am 19.11.14 sichergestellt sei, dass die Einreichungsfrist zur Bekanntmachung des Vorentwurfs der Bauleitplanung im Amtsblatt eingehalten werden könne.

Dieser Ablauf fand Zustimmung des Gremiums, so dass der reguläre Sitzungstermin des Bauausschusses vom 25.11.14 auf den **19.11.14** verlegt werde und eine **gemeinsame Sitzung mit dem Kulturausschuss**, der am 19.11.14 regulär tagen würde, vorbereitet werde.

Die Informationen wurden **zur Kenntnis genommen**.

8.2 Sonstige Anfragen und Informationen

Auf Nachfrage von **Herrn Hartmann, Fraktion der SPD**, das Krematorium Heidestraße – speziell den Verfall der Gebäudesubstanz, Vandalismus und Müllablagerungen betreffend, erläuterte **Frau Lüttich, Amt für Stadtentwicklung, Denkmalpflege und Geodienste**, dass in Sachen Sanierung nichts bekannt sei und informierte über einen geplanten Arbeitseinsatz am Bölke-Denkmal. Aufgrund mangelnder Finanzkraft sei eine Sanierung des Krematoriums derzeit nicht in Planung.

Vor allem das Objekt Mausoleum sei in den Fokus zu rücken, so **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**. Der Fortbestand des ortsbildprägenden und identitätsstiftenden Gebäudes sei in Gefahr. Er richtete die Bitte an die Verwaltung, die Möglichkeiten, den Verfall abzuwenden, zu prüfen, den aktuellen Sachstand darzustellen und einzuleitende Schritte zu erläutern.

Auf Nachfrage von **Herrn Meier, Fraktion Liberales Bürgerforum / Die Grünen**, Fortschritte bei der Bewilligung von Fördermitteln zur Sicherung des VorOrt-Hauses betreffend, erläuterte **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, dass der Fortgang des Bewilligungsverfahrens mit allen Beteiligten – dem alten und neuen Verein sowie dem Land – abgestimmt werde. Seitens des Vereins wurde signalisiert, kurzfristig ein Konzept zur Bertreibung der Einrichtung vorzulegen.

In diesem Zusammenhang verwies **Herr Meier** auf einen aktuellen Medienbeitrag der Deutschen Welle, der die Bemühungen im VorOrt-Haus heraus stelle.

In Bezug auf das Beteiligungsverfahren zum Bauhausmuseum reichte er beispielgebende „Leitlinien für mitgestaltende Bürgerbeteiligung in Heidelberg“ zur Kenntnis aus.

Mit Verweis auf ein Schreiben an Herrn Hantusch, die Kompensationsmaßnahmen B-Plan 62 „Photovoltaikanlage Hohe Straße“ und den Ausschluss von Verbotstatbeständen betreffend, erläuterte Herr Meier, dass der Ausbaustand der CEF-Maßnahmen nicht den Planungen entspreche und diese Arbeiten weder dem fachlichen Standard noch sachgemäß ausgeführt wurden. Das Schreiben wurde zum Protokoll gereicht (sh. Anlage 2).

Zu seiner Anfrage aus der letzten Sitzung zum Ausbau der Polder im Muldebereich und die Auswirkungen auf das Stadtgebiet Dessau reiche ihm die Antwort des Fachamtes nicht aus. Die erforderlichen Maßnahmen bei Änderung der Rahmenbedingungen seien nicht abschließend geklärt.

Auf den derzeitigen Straßenzustand in Dessau-Roßlau – beispielsweise im Bereich Mannheimer sowie Ludwigshafener Straße - bezogen, bat Herr Meier um Ausreichung eines Straßenzustandsberichts.

Zurückkommend auf die Anfrage von Herrn Schönemann zum Mausoleum, fragte **Herr Busch, Fraktion Liberales Bürgerforum / Die Grünen**, die aktuellen Zuständigkeiten an. Zum Vorhaben erklärte **Herr Beigeordneter Hantusch**, dass die Durchführung von Sicherungsmaßnahmen notwendig sei, jedoch seitens des Finanzdezernats das Argument der fehlenden Nutzung eingebracht werde. Zur Sicherung des Objekts habe es eine Verständigung der Verwaltungsspitze gegeben, es werde die Finanzierung geprüft. Zur Aufklärung der

Zuständigkeiten ergänzte **Herr Bekierz, Leiter des Zentralen Gebäudemanagements**, dass der Kulturbereich derzeit dem Finanzdezernat zugeordnet sei.

Ein belastbares Konzept für das Mausoleum liege vor, so **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, jedoch sei dessen Umsetzung vielfach nicht gewollt obwohl die Nutzungen Mausoleum und Tierpark miteinander vereinbar wären.

Mit Verweis auf die Erneuerung der Straßen in Kleutsch im Jahr 2005 und die mittlerweile auftretenden Rissbildungen, informierte **Herr Gebhardt, Fraktion der CDU**, über die Reaktion des Tiefbauamtes, dass keine Rissanierung durchgeführt werde, da derzeit keine Gefahren durch die Schäden ausgehen. Diese Haltung sei nicht nachvollziehbar, da das Schadensbild derzeit noch kostengünstig repariert werden könne. **Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamtes**, erinnerte in diesem Zusammenhang an die Haushaltsdiskussionen 2014 und die dargestellte Unterfinanzierung des Straßenunterhalts, die einen erheblichen Reparaturrückstau zur Folge habe. Man decke mit den derzeit zur Verfügung stehenden Mitteln lediglich die Hälfte des erforderlichen Normativs ab. In der Folge könne man nur die größten Schadensbilder beseitigen. Man werde sich die Schäden vor Ort ansehen, so **Herr Beigeordneter Hantusch**. Jedoch müsse man zur Kenntnis nehmen, dass bei einer mehrjährigen Mangelverwaltung der Unterhalt der verkehrlichen Infrastruktur nicht in dem erforderlichen Umfang abgedeckt werden könne.

Eine Anfrage aus dem Finanzausschuss aufgreifend, bat **Herr Tschammer, Fraktion der SPD**, mit Verweis auf den Erfüllungsstand der investiven Maßnahmen zum Juli 2014, der in einer Höhe von 10 % lag, um Darstellung aktuellen Zahlenmaterials und der entsprechenden Randbedingungen. Man habe die Besorgnis, dass die Vorhaben zum Jahresende nicht im geplanten Umfang umgesetzt werden können.

Weitere Anfragen oder Mitteilungen wurden nicht vorgebracht. Der öffentliche Teil der Sitzung wurde um 19:35 Uhr geschlossen.

Öffentliche Tagesordnungspunkte

10 Schließung der Sitzung

Die Sitzung wurde durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, um 19:40 Uhr geschlossen.

Dessau-Roßlau, 17.10.2014

Ralf Schönemann
Vorsitzender Ausschuss für
Bauwesen, Verkehr und Umwelt

Reinsdorf
Schriftführer

Anlage(n):

1. Anwesenheitsliste vom 15.10.2014
2. Schreiben von Herrn SR Meier vom 18.09.2014 (sh. TOP 8.2)